



Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Bilinguale Schule  
Gymnasium Draschestraße  
z.Hd. Herrn Peder Hill  
Draschestraße 90-92,  
1230 Wien, Österreich

Referat 321  
Umwelt, Naturschutz und  
nukleare Sicherheit

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11012 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 400-  
FAX +49 (0) 30 18 10 400-

K-203 703/18/0001

Berlin, 8. November 2018

Sehr geehrter Herr Hill,

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mich gebeten, Ihnen und den Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Draschestraße für Ihr Engagement für den Umwelt- und Meeresschutz zu danken.

Neben dem Klimawandel und der damit verbundenen Erwärmung ist der Eintrag von Müll, wie Plastik, ein großes Problem für die empfindlichen Ökosysteme unserer Meere. Ein guter Meeresschutz ist daher ein wichtiger Punkt der Politik der Bundesregierung.

Um einen Eintrag von Plastikabfällen in Gewässer möglichst zu verhindern, ist vor allem eine moderne Abfallwirtschaft mit einer gezielten Erfassung der Abfälle - die zu einem großen Teil durch Verpackungen verursacht werden - eine wichtige Voraussetzung. So wird beispielsweise eine gute Weiterverwertung der Abfälle ermöglicht. Bei der Verwertung von Kunststoffen gehört Deutschland weltweit zu den Vorreitern. Durch die geordnete Abfallefassung auf Grundlage der Verpackungsverordnung und die anschließende Verwertung wurde dem Eintrag von Plastikabfällen in die Umwelt in Deutschland bereits wirksam begegnet. Dieses effiziente System wird mit dem ab dem Jahr 2019 geltenden neuen Verpackungsgesetz noch weiter ausgebaut. Die Recyclingquote für Kunststoff soll mit dem Verpackungsgesetz noch einmal deutlich gesteigert werden.

Auch der Verbrauch von Plastiktragetaschen, die durch unregelmäßige Entsorgung zu einer Gefahr für die Umwelt werden können, ist in Deutschland vergleichsweise gering und liegt deutlich unter dem Schnitt innerhalb der Europäischen Union, was auf bereits bestehende freiwillige und gesetzliche Maßnahmen zurückzuführen ist. So werden zum Beispiel Plastiktüten vom deutschen Einzelhandel bereits heute in der Regel nur gegen Entgelt abgegeben.

Im Jahr 2014 und 2015 wurden regionale Aktionspläne im Rahmen der Oslo-Paris-Kommission (OSPAR) zum Schutz des Nordostatlantiks einschließlich der Nordsee sowie der Helsinki-Kommission zum Schutz der Ostsee (HELCOM) verabschiedet. Die darin enthaltenen Maßnahmen sollen dazu beitragen, dass künftig deutlich weniger Abfälle in den Nordostatlantik bzw. in die Ostsee gelangen als bisher. In Ergänzung zu den genannten regionalen Aktionsplänen fordert auch die europäische Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) die EU-Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen gegen die Vermüllung der Meere zu ergreifen. Auch die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten haben unter deutscher Präsidentschaft im Jahr 2017 einen „Aktionsplan zum Meeresmüll“ verabschiedet. Der Aktionsplan beinhaltet sowohl Maßnahmen zur Abfallvermeidung und zum Abfallmanagement als auch zur Beseitigung von Müll in den Meeren und Sanierungsmaßnahmen.

Ich darf Ihnen versichern, dass sich die Bundesregierung auch künftig für einen wirksamen Meeresschutz einsetzen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

  
Pia Beyer

Hinweis:

Bei der Bearbeitung Ihres Anliegens wurden bzw. werden von Ihnen personenbezogene Daten verarbeitet. Welche Daten zu welchem Zweck und auf welcher Grundlage verarbeitet werden, ist abhängig von Ihrem Anliegen und den konkreten Umständen. Weitere Informationen hierzu und über Ihre Betroffenenrechte finden Sie in den Datenschutzhinweisen auf der Internetseite des Bundeskanzleramtes unter [www.bundesregierung.de/bundeskanzleramt-DSH](http://www.bundesregierung.de/bundeskanzleramt-DSH).